

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1905

135 (13.6.1905)

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2.10. An der Expedition und den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition
Kaiserstraße 24.
Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 3144.
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 Uhr.

Nr. 135.

Karlsruhe, Dienstag den 13. Juni 1905.

25. Jahrgang.

Ein glänzender Erfolg mutiger Kritik.

Karlsruhe, 13. Juni.

Der große Währungsprozess ist am Freitag um 2 Uhr nachmittags eines plötzlichen, sanften, aber feinsten natürlichen Todes gestorben. Ehe es noch zu einer weiteren Förderung des peinlichen Falles Schürmer kommen konnte, wurde der Strafantrag zurückgezogen und das Verfahren eingestellt. Schon um 9 Uhr morgens war der Angeklagte Ahrens unter auffallenden Umständen plötzlich erkrankt, als er um 1 Uhr wieder gesund geworden war — waren die Verhandlungen so weit gediehen, daß eine Stunde später die Friedenspräliminarien unterzeichnet werden konnten.

Die Angeklagten haben sich in liebenswürdiger Weise bereit gezeigt, zu erklären, daß es nicht in ihrer Absicht gelegen habe, die Gefängnisverwaltung oder die Gefängnisärzte zu beleidigen oder gegen sie den Vorwurf einer gesetz- oder vorchriftswidrigen Handlung zu erheben. Und diese Erklärung genügte plötzlich dem Staatsanwalt sowie den Nebenklägern, ihre Anklage zurückzunehmen. Der Staatsanwalt hatte sogar schon die schriftliche Ermächtigung durch den Oberstaatsanwalt am Kammergericht in der Tasche! Woher kam diese plötzliche Eile? Die Erklärung der Angeklagten, die nun auf einmal zur allgemeinen Veröhnung führte, haben doch Staatsanwalt und Nebenkläger schon früher haben können und tatsächlich gehabt. Seit dem Beginn des Prozesses war ja kein Tag vergangen, an dem die Angeklagten nicht persönlich oder durch den Mund ihrer Verteidiger erklärt hätten: „Nicht um Personen handelt es sich um, sondern um ein System. Nicht Behörden wollen wir beleidigen, sondern barbarische Zustände brandmarkieren. Nicht Herr Dr. Vaer und Herr Dr. Pfeiler wollen wir kränken, sondern den Strafvollzug wollen wir kritisieren.“

Der Staatsanwalt und die „Nebenkläger“, die sich ja auch nicht aus eigenem Antrieb „beleidigt“ gefühlt hätten, wollten sich drei Wochen lang mit diesen wiederholten Erklärungen nicht zufrieden geben, bis ihnen endlich doch angesichts der endlosen Hinführung der Sache die Lust an Anglistik bergang. Man geht schließlich sehr, wenn man annimmt, daß die Anklage schon nach der Erledigung des Falles Willy Grosse ihre Wiederlage entschieden sah und von da ab nur mehr auf die Gelegenheit wartete, den Vorhang über das traurige Spiel so rasch wie möglich fallen zu lassen. Daß die Sachverständigen mit solcher Entschiedenheit die Grösse für irrtümlich erklärten und damit die Wahrschheit der Behauptung erweisen würden, daß Grosse als Verurteilter mit den juristischen Disziplinstrafen gemindert worden sei, das hatten die Vertreter der Anklage offenbar nicht erwartet. Alle anderen Fälle lagen von vornherein ungünstig für sie, nur dieser Fall Grosse gehörte ihnen einigermassen; als auch dieser Fall für sie unglücklich endete, gaben sie die Taktik für verloren. Was hatten sie auch noch weiter zu erwarten? Was die Angeklagten über die Währungsprozesse geschrieben hatten, war nichts anderes als Randglossen zu den amtlichen Gefängnisakten, aus denen alle tatsächlichen Behauptungen der Angeklagten entnommen waren. Somit heißt es wohl, was nicht in den Akten ist, ist nicht in der Welt. Diesmal hätte man behaupten müssen, daß auch das, was in den Akten steht, nicht in der Welt sei, und daß sich die Gefängnisverwaltung in ihren eigenen

Akten beschimpft und verleumdet habe. Kurz, die Anklage war in die Sadgasse geraten und kein anderer Ausweg blieb ihr als der Rückzug.

So endet auch diese große Justizaktion — ganz ähnlich wie die von Königsberg — nach hundert Kopflosigkeiten mit einem vollständigen Mißerfolg. Denn nicht darum hatte es sich gehandelt, ein paar gleichgültigen Persönlichkeiten zu einer Reparatur ihrer Ehre zu verurteilen — deren sie gar nicht bedürften — vielmehr sollte der preussische Strafvollzug, sollte das preussische Gefängniswesen vor den Augen der Welt eine glänzende Reinigung erfahren. Daß das die Absicht sei, hat der Staatssekretär des Reichsjustizamts, Herr Rieberding, in seiner Reichstagsrede vom 23. Mai 1904 klar gesagt. Nachdem er nämlich auf eine Rede des Abg. Gradnauer über den Strafvollzug mit der überraschenden Erklärung geantwortet hatte, daß gegen den „Vorwärts“, die „Zeit am Montag“ und noch zahlreiche andere Blätter ein Strafverfahren eingeleitet sei, fuhr er wörtlich fort:

Sie sehen, es ist uns ernstlich darum zu tun, den Mittern und deren Redakteuren ausgiebige Gelegenheit zu geben, die Wahrheit über die erörterten Zustände zu bekunden, über die sie so viel Klagen lauten lassen. (Zuruf links. — Sehr gut rechts.)

Es wird sich aus den Verhandlungen vor Gericht ergeben, was an den Dingen ist... Also Sie erfahren aus diesen Mitteilungen den Ernst der Verwaltung — es ist im allgemeinen der Verwaltung nicht unangenehm, daß solche Sachen, unter denen es natürlich auch schmutzige Wäsche gibt, in die Öffentlichkeit gebracht werden. Die Verwaltung hat es aber vorgezogen, in diesem Falle den Weg der gerichtlichen Ermittlung zu wählen, um vollständig die Wahrheit ans Licht zu bringen gegenüber den Mitteilungen der Presse, die sensationell und tendenziös die bestehenden Einrichtungen in unverantwortlicher Weise herabzieht. (Wabro rechts.)

Bei Gericht seien dann aber die Dinge gewöhnlich anders aus, als in den Ministerreden im Parlament. Hat man nicht auch vor Königsberg ähnliche Reden gehört, die den Triumph der Anklage hin voraus verkündeten? Je näher man den Tatsachen kam, je weiter das Beweisverfahren vorrückte, desto rascher verdunstete der Wahrscheinlichkeit der Justizbehörde. Man hatte volle Aufklärung versprochen. Drei Wochen lang hat Herr Oppermann an der Vorlesung, unter der Bezeichnung, es handle sich nur um die Taten oder Unterlassungen der Nebenkläger, jeden Versuch der Aufklärung mit dem Mute der Verzweiflung bekämpft. Und als, dank der Energie der Angeklagten und der Verteidiger, die Wahrheit — nicht, wie Herr Rieberding prophezeit hatte, durch das Gericht, sondern gegen den Willen des Gerichts — ans Licht gebracht wurde und der helle Schein, der in die Marterhöhlen des Strafvollzugs fiel, immer greller wurde, da kam die Behörde endlich wieder darauf, daß es nicht unangenehm ist, daß solche Sachen in die Öffentlichkeit gebracht werden.

Man hatte etwas begonnen, was sich absolut nicht machen ließ. Selbst mit der „Werten“ nicht! Und so ließ man's wieder. In der Geschichte des Strafvollzugs, aber auch der Strafrecht, wird der jah abgebrochene Währungsprozess unvergessen bleiben als ein wahrhaft glänzender Erfolg mutiger Kritik!

Die Finanzen des Reiches und der Bundesstaaten.

In dem eben erschienenen Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches veröffentlicht das kaiserliche Statistische Amt zum viertenmale eine Darstellung der Finanzen des Reiches und der deutschen Bundesstaaten. Sie behandelt wiederum die Ausgaben, Einnahmen, wichtiger Bestandteile des Staatsvermögens, sowie die Schulden. Die Nachweise beziehen sich durchweg für die Vorschläge auf das Jahr 1904, für die Staatsrechnungen auf das Jahr 1902.

Zusammen betragen nach den Vorschlägen der Bundesstaaten auf 1904 die Staatsausgaben: 4561 Millionen Mark (darunter 135 Millionen Mark außerordentliche), für Reich und Bundesstaaten 6795 Millionen Mark (darunter 401 Millionen Mark außerordentliche).

Die Staatseinnahmen belaufen sich bei den Bundesstaaten auf 4537 Millionen Mark, bei Reich und Bundesstaaten auf 6781 Millionen Mark, davon sind außerordentliche Einnahmen (aus Grundbesitz, Anleihen und sonstigen Staatsfonds), 128 bzw. 399 Millionen Mark.

Unter den ordentlichen Ausgaben und Einnahmen der Bundesstaaten stehen die Erwerbseinkünfte mit 1991 Millionen Mark in Ausgaben und 2806 Millionen Mark in Einnahmen an erster Stelle. Der Hauptanteil davon kommt auf die Staatsbahn mit 1420 bzw. 2030 Millionen Mark in Ausgabe und Einnahme. Der Rest verteilt sich auf die Domänen, Forsten, Bergwerke, Post, Telegraph, Staatsdampfschiffahrt und sonstigen Staatsbetriebe.

Die wichtigste Einnahmequelle bilden die Steuern. An direkten Steuern ergeben die Bundesstaaten 458 Millionen Mark, an Aufwand- und Verkehrssteuern 174 Millionen Mark. Das Reich bezieht an indirekten Steuern 488 Millionen Mark, außerdem an Zöllen 558 Mill. Mark.

Zusammenfassend über das Staatsvermögen der einzelnen Bundesstaaten konnten nur in Beschränkung auf wichtige Bestandteile erbracht werden. Neben Leberhöhlen früherer Rechnungsjahre, verfügbarem Staatskapitalvermögen usw. besitzen die Bundesstaaten an Domänen ein Areal von 690 728 Hektar, an Forsten 4 899 819 Hektar. Die Staatsbahnen repräsentieren eine Länge von 49 865 Kilometer und ein Anlagekapital von 12 574 Millionen Mark.

Die Steuerbelastung auf den Kopf ergibt in Reich und Bundesstaaten zusammen:

| | |
|-------------------------|-----------|
| Indirekte Reichsteuern | 18,56 Mk. |
| Direkte Reichsteuern | 8,12 " |
| Indirekte Staatssteuern | 3,10 " |

Die Gesamtbelastung an Reichs- und Landessteuern beträgt demnach auf den Kopf 29,78 Mk., wovon nur 8,12 Mk. direkte Steuern sind, während die indirekte Steuerbelastung mit 21,66 Mk. auf jeden Einwohner des deutschen Reiches drückt.

Geht man die direkten Steuern im einzelnen durch, so entfallen in den Bundesstaaten 5,22 Mk. pro Kopf oder 46,56 Prozent des Gesamtsteuerertrages auf die Einkommensteuer; 0,76 Mk. (6,77 Prozent) Vermögenssteuer; 0,77 Mk. (6,84 Prozent) Grundsteuer; 0,32 Mk. (3,48 Prozent) Gewerbesteuer; 0,32 Mk. (2,82 Prozent) Kapitalrentensteuer; 0,51 Mk. (4,56 Prozent) auf die Erbschafts- und Schenkungssteuer.

Die indirekten Kopfsteuern an Staat und Reich erfordern also von jedem Einwohner 21,66 Mk. Dagegen ist das Vermögen nur mit 0,76, die Erbschaften nur mit 0,51 Mk. belastet, und auf dem kalten neblig dämmrigen Klein brannen schon in einigen Knippen Flammen, wie ersterbend hinter fettigen Scheiden.

schafft nur mit 0,51 Mk. besteuert. Der notwendige Konsum der Besitzlosen ist rund 40 mal so hoch besteuert, wie das mühselige Erbe.

Wäre unser Steuersystem nur von einem Hauche sozialen Selbstes berührt, so müßte das Verhältnis umgekehrt sein; in einem von sozialer Erkenntnis erfüllten Gemeinwesen aber würde die ganze indirekte Steuerwirtschaft beseitigt werden.

Die Gegenüberstellung der indirekten Steuerquote auf der einen, der Erbschafts- und Vermögenssteuer auf der anderen Seite genügt, um den brutal-kapitalistischen Charakter unserer Gesellschaft zu illustrieren. Aber die Zahlen beweisen auch, wie leicht es möglich ist, nun endlich auch Vermögen und Erbe im Reich angemessen zu besteuern. Das muß geschehen, mögen auch die Besitzenden über Konstitution des Eigentums schreien, wenn die Kopfbelastung der Erbschaft von 50 Pfg. auf nur auf 5 Mk. gesteigert wird, dieselben Besitzenden, die es als gelinde Steuerbelastung pfeifen, daß jedem armen Teufel auf seinen mühseligen Lebensunterhalt nur wenig mehr als 20 Mark gewälzt werden.

Politische Ueberlicht.

Ein Engel der Lüge.

Ein Werkzeug der Grubenmagnaten im Ruhrrevier, der Bürgermeister Engel, der auch Geschäftsführer des Bergbauvereins ist, ist vor Gericht in der schlimmsten Weise bloßgestellt worden. Während des Bergarbeiterstreiks hatte Herr Engel eine von Unwahrheiten tropfende Broschüre unter den Streikenden verbreiten lassen. Unter anderem behauptete er in diesem Machwerk, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Anappphatsverbandes von der sozialdemokratischen Parteileitung in Berlin Instruktionen für ihr Verhalten bekommen, daß die Münchener Driftstrafenkasse durch die Bevorzugung sozialdemokratischer Agitatoren Pleite gemacht habe, daß der Hinweis auf angebliche Mißstände im Bergbau nur erfolge, um die Bergarbeiter zu verheizen und dergleichen. Der in Essen erscheinende „Allgemeine Beobachter“ ging mit dem Machwerk scharf ins Gericht und überhieß den Artikel „Der Engel der Lüge“. Darauf strengte Herr Engel wegen Beleidigung an. Bei der am Mittwoch in Essen durchgeführten Verhandlung wurden unter anderen die Mitglieder des Parteivorstandes Pannkuch und Wolkentühr, ferner Reichstagsabgeordneter Hue und der Führer der christlichen Gewerkschaften, Effert, als Zeugen vernommen. Das Gericht verurteilte den Redakteur Ballen nur wegen formaler Beleidigung zu 50 Mk. Der Wahrheitsbeweis sei völlig erbracht. Engel habe in seiner Broschüre Unwahrheiten in „höchst leichtfertiger Weise“ behauptet. Der Beweis, daß die sozialdemokratische Parteileitung in die Bergarbeiterbewegung eingriff, sei absolut nicht gelungen. Die Arbeiterpresse und die Streikleitung haben nicht in freivolter Weise gehandelt.

Das Urteil ist eine große Blamage für Engel und für alle diejenigen, die, wie noch dieser Tage in preussischen Herrenhäusern geschah, die Lüge verbreitet haben, daß der Streik von der sozialdemokratischen Parteileitung angezettelt sei.

„Das ist ein selbsterleuchtender, den ich nicht kenne.“

„Darf ich dir helfen?“
„Nein — set doch still!“ sagte er auf einmal ärgerlich, weil er sich an einem Midenstachel gestoßen hatte. „Ah!“ fluchte er, saugend und das Blut in den Schenkel stundend.

„Haben Sie sich geschnitten, Junge?“ fragte die Blinde flüchtig.

„Nein — nur gestochen.“
„Wissen Sie gut auszuheilen — Sally, von Mat, hat ne geschwollne Hand derbon bekommen — sehr schlimm, saugen Sie's gut aus!“

„Ja,“ sprach er mürrisch, ärgerlich vor Schmerz.

Die Treppentufen knarnten, knarnten lauter noch als sonst von der Kälte. Suiterpeers Effie kam mit einem Tuch um den Kopf herunter, um mal zu sehen, wo Suiterpeer eigentlich bliebe. Als sie hörte, daß Cleazar ihn gesehen hatte, blieb sie stehen, rief sich die Hände und schwaigte.

„Was ein Demasfel,“ sagte sie, ihr falsches Scheitelköpfchen schüttelnd, „wie kommt einer an so'n Demasfel, wenn's Wasser pottdick is? Wie kann man angeln — mir'n Wunder!“

„Hat er aus'n Loch im Eis rausgeholt — mit Lebensgefahr,“ sprach die Blinde.

„S mögen wohl zwei Pfund sein,“ tanzte Effie, „sin es keine Barsche?“
„Weißfische und Blöche,“ wiederholte Cleazar geduldig.

„Nu werd't'r's nich glauben,“ nickte Effie, „aber nu kauft m'r's Wasser im Mund zusammen — so wahrhaftig wie ich leb' — was vor'n Maffel!“

Sie sprach das so verlangend, so gierig; das ganze Haus wußte ja so genau, was jeder im Schrank hatte, daß Reggie, glück lachend, fragte, ob sie die Hälfte abhaben wollte — denn zehn Stück für sie, David, Effie und die Kinder war reichlich genug.

(Fortsetzung folgt.)

Diamantstadt.

Roman von Hermann Feijermans.

(Fortsetzung.)

„Was für'n Galunne, sich so tot zu stellen,“ sagte Jan, und vor Kälte trappelnd, wiederholte er: „Sieh, ich geh weg!“
„Gut,“ sagte Cleazar matt. Ein paar Wöde Eis ins Wasser schleudern, setzte er sich nieder, die Hände in den Hosentaschen, die Beine gekreuzt und wartete, was von unten aufsteigen würde. Das Klingeln der Strampel über die Bahn und nahm keine Säge; es verjuchte zu glücken. Das Klumpenklappen schleifte nach, die Vermischen streckten sich in posthastischen Bewegungen.

Wie abwesend, stumm vor Ertrüpfung, blieb Cleazar da sitzen und blühte nach dem Loch und nach dem Tschentuch, das sich nicht mehr bewegte. Das Kind mit seiner dreisten Lebensfurchigkeit hatte ihn aufgemuntert. — Nun sank er müde und stumm zusammen. Dieselbe Verzweiflung wie in der Schilferei besahlich ihn, als er neben Juda gesessen und das Herannahen des Gewitters den Willen in seinem kraftlosen Körper gelähmt hatte. Ein Schritt, ein kleines Gleiten, und er war heraus, erwidert wie die Fische, erlöst von diesem elenden Dasein. Er gähnte krankhaft, daß die Tränen aus seinen tränen Augen quollen, und begann wieder auf und ab zu laufen, bange vor dem Wasser, das ihn angoß. Wenn sie ihm jetzt Brot vorgelegt hätten, würde er nichts davon genommen haben, er hätte sich so elend, daß ihm alles zumbur war. Wie war Cleazar doch etwas, was einen zum Tier machte, was einen alles verwinzeln, verengen ließ — wie war man doch nichts, nichts mit einem Magen, der einem das Denken aus dem Kopfe drängte. Jähnellappernd blühte er sich gerade, um das Tschentuch mit den beiden toten Fischen mitzunehmen und noch einmal sein Blick in der Stadt zu probieren als er zwei kleine Weißfische bewegungslos nebeneinander treiben sah. Das frische

ihn auf. Schnell mit seiner Wäsche schöpfend, über-raschte er sie. Vier. Vier. Wenn er es aufgab, brachte er nichts für die Kinder, für die Blinde, die gestern gewartet hatten und heute warteten. Leis gitterte das Tschentuch durch die posthastischen Judungen.

Gegen fünf Uhr eilte er froh mit seinem Fang — er hatte ihrer wohl zwanzig — durch die Scharpfstraßen. Dort waren sie noch mit Aufsträumen beschäftigt. In gleichmäßigen Abständen lagen da hohe Haufen Schnee und Straßenschmutz. Handkarren fuhren ab und zu, um den Reichtum in die Kanäle zu stützen. Am Bahnhof arbeiteten Pfähle mit Wesen, Schuppen und Latzen.

Suiterpeer stand dort mit ungewöhnlich roter Gesichtsfarbe auf dem Trottoir und hatte den ange-gorenen Schnee los. Auf dem Stiel lehnte er, kaputt von der Arbeit, die sein alter Zudenkörper kaum auszuhalten vermochte und spie leuchtend aus.

„Ich wollte, daß sie mich heute morgen ange-nommen hätten,“ sagte Cleazar.

„Ich ligg grad so geru ne Woch' krank,“ sprach der Gemütskranke, das Keuchen seiner Brust mit-wiegend, „das is kein Arbeit vor'n Jid.“

„Sie bringen'n Taler nach Haus — seien Sie mir froh, Chammer.“

„Froh? Froh? Meine Lenden krachen — ich hab kein troden Fleck an mein Leib, davor muß man'n Körper von'm Sol haben. Von fribben lllr bis jetzt bin! Sehn Sie mal, was ich vor Wälen an de Pöten hab.“

Beobend vor Müdigkeit, mit Sänden, die er nicht stillhalten vermochte, ließ er die blutigen durch-gearbeiteten Wälen sehen.

„Geld verflucht Wälen,“ sagte Cleazar beinahe neidisch.

Er ging weiter, weil der städtische Aufseher auf das Trottoir kam und drohend nach den Schwabenden hinblühte. An der Ecke wartete er, bis eine Hand-farbe voll war. Eine Katerne wurde angezündet, deren gelbe Streifen mit einem grünen Ton das zögernde Tageslicht durchschliffen. In der Umgebung des Bahnhofs leuchteten die roten

Signallichter auf, und auch auf dem kalten neblig dämmrigen Klein brannen schon in einigen Knippen Flammen, wie ersterbend hinter fettigen Scheiden.

Als er in das Judenviertel hineinkam, ver-gewunderten er sich nochmal die arbeitenden Männer in dem Schnee, die runden Bewegungen der Wesen schwingen der Arme, das Strammeln der Beine — die Anzerrungen des alten Juden bei dieser Mustelarbeit, — grade wie ein tüchtig-er christlicher Kaufmann sich auslassen würde — der mit Juden Handel triebe.

Tante Reggie hatte von Soor ein halbes Brot bekommen. Nun, wo Cleazar noch dazu mit Fischen heimkehrte, wußte sie nicht, was sie zu solchem Reichtum sagen sollte.

„Haben Sie ge kauft?“ — fragte sie ernst, wobei sie das Tschentuch betastete und jeden Fisch auf seine Dicke prüfte.

„Nein,“ sagte er, indem er einen Brocken trodenes Brot gierig verschluckte — wenn er länger gewartet hätte, wäre er zusammengebrochen, nein die habe ich aus einem Loch im Eis heraus-geholt.“

„Aus einem Loch im Eis! Wie kann man sein Leben so wagen?“

Er lachte.

„Nu,“ sagte sie, besorgt vor sich hinschwa-gend, „nu haben w'r Fisch — un was vor led're sin derbei — aber nu sin m'r noch grad so weit — oh'n Feuer un oh'n Salz.“

„Lassen Sie sie mich mal erst reimmachen,“ sagte er aufgemuntert, „dann wollen wir schon weiter sehen.“

Sie lauchte an dem Türpfosten auf das Ge-trage seines Taschennessers. Fisch für Fisch legte er auf die Fensterbank und schubte sie ab. Saartje, die von oben kam, blühte mit erkannten Augen zu.

„Bist du fischen gewesen, Onkel?“
„Ja, Saar.“
„Un was sind das für Sorten, Onkel?“
„Das ist ein Weißfisch und das ein Blöch —

Badische Politik.

Ein erster Ultramontaner.

In dem in Ueberlingen erscheinenden „Ringgau-Vote“ nimmt ein ultramontaner Wähler zu dem nationalliberalen Wahlausspruch Stellung. Zunächst geißelt er gegen das nationalliberale Schulprogramm und schreibt:

„Wäre derselbe, d. h. der Wahlspruch, bloß für unsern Wahlkreis berechnet, dann ließe es sich erklären, weshalb ein volles Drittel des Aufwands dem Schulsaat gewidmet ist — neben dem jetzt etwas lendenlamm gewordenen Kultursampfleber von jeder das Hauptstedenferd dieser Partei.“

In diesem Satze kommt die Geringschätzung der Ultramontanen für die Schule in sehr charakteristischer Weise zum Ausdruck. In verächtlicher Weise wird von den Forderungen für die so notwendige Verbesserung unserer Volksschulzustände als von dem „Schulsaat“ gesprochen und den Nationalliberalen zum Vorwurf gemacht, daß die Schulfrage von jeder ein „Stedenferd“ für sie gewesen sei. Wäre dem wirklich so, dann könnte die nationalliberale Partei stolz darauf sein; leider war die Volksschule aber nie das „Stedenferd“ der Nationalliberalen. Für die Ultramontanen wird die Schule allerdings niemals ein „Stedenferd“ sein; die Klöße für sie eine weit wichtigere Institution:

Der ultramontane Wähler schreibt dann ferner: „Es ist aber gewiß für kein Land ein Glück, wenn Richter und Lehrer sich zum politischen Partei- getriebe hergeben; dem Hochschüler und Jugend- erziehung sollten in jedem Lande unparteiisch gehand- habet werden, und das Messer ist noch nicht erjunden, mittelst dessen der Richter oder Lehrer sich dezent hält, daß seine eine Hälfte sich ruhig und unpar- teiisch ihrem Berufe widmet, während seine andere — bessere (?) Hälfte als politischer Feuerreiter durchs Land zält.“

Auch diese Auslassungen sind charakteristisch für die demagogische Gehe, die in der Zentrums- presse betrieben wird, zugleich aber auch ein Beweis, wie dreist diese Zentrumsdemagogen auf die Dummheit spekulieren. Hatte doch das Zentrum im letzten Landtag in seiner Forderung nicht weniger wie 7 richterliche Beamte, ein volles Drittel der ganzen Zentrumsfraktion und mehr Richter, als alle übrigen Parteien zusammen genommen. Daß noch kein Zentrumslehrer im badischen Landtag ist, begreift man erst, wenn man weiß, welche minime Rolle schon die Zentrumspro- fessoren als Volksvertreter spielen. Ein Zentrumslehrer als Volksvertreter, das wäre die beste Illustration für unsere derzeitigen Volksschulzustände.

Weiter heißt es in dem Artikel des ultramontanen Wählers:

„Doch abgesehen hiervon: hält die nationalliberale Partei „eine Erweiterung und Vertiefung der Lehr- bildung“ für nötig, die seit ihrer also für un- genügend, dann ist es doch seltsam, daß gerade ihre Hauptvertreter in unserem Bezirk, also der Herr Präsident und der Herr Landtagskandidat, die Wahrheit hiervon erweisen sollten! Oder ist solche Bildung zwar völlig ausreichend für die Volksschule, aber ungenügend für die Volkshochschule?“

Das ultramontane Geschreibsel wäre unvollständig gewesen, wenn dieser insame persönliche Angriff auf den nationalliberalen Kandidaten unter- blieben wäre. Wir fühlen uns nicht berufen, nationalliberale Kandidaten gegen ultramontane Angriffe in Schutz zu nehmen. Aber so viel möchten wir hier doch bemerken: wenn der nationalliberale Lehrer Kandidat im Bezirk Ueberlingen in bezug auf seine Fähigkeit seinen a n z a u h e r g e w ö h n l i c h e n Mangel aufweist, dann kann er die Konkurrenz mit seinem ultramontanen Gegenkandidaten aus dem Nichterstande noch allemal aufnehmen. Das Schönste aber leistet der ultramontane Wähler in seinem Artikel mit der folgenden Frage: Welche Verbesserung der kulturellen Stellung unter Landwirten und ihres Hand- werks ist denn von einer Erweiterung und Vertiefung der Lehrerbildung überhaupt zu erwarten?“

Daß die Erweiterung und Vertiefung der Lehr- bildung von allergrößtem Einfluß auf die Bil- dung der heranwachsenden Generation ist, braucht ja ein ultramontaner Wähler ebenso wenig zu wissen, als daß eine gute Volkshochschule die Vorbedingung für die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt ist. Wenn unsere deutsche Landwirtschaft in den Konkurrenzkämpfen der letzten Jahrzehnte den Kürzeren gezogen hat, so nicht am letzten deshalb, weil sie infolge unserer miserablen Volksschulzustände kulturell r u d e r a n d i g geblieben ist und weil sie sich deshalb an die veränderten Verhältnisse nicht rechtzeitig anpassen ver- mochte. Auch der Landwirt muß heute mit der Weltmarktkonkurrenz rechnen. Unser Land- volk ist zu bedauern. Es interessiert sich für den Klotterummeßer weit mehr, als für die Fragen der Volkshochschule, weshalb es vom Zen- trum auch so leicht an der Nase herumgeführt werden kann. Sind die Zentrumsangaben unter- sich, so sagen sie: „Der Posttarif nicht unserer Landwirtschaft keinen Deut, dem wir leben im Zeitalter der Weltwirtschaft“. Sprechen sie aber vor den Bauern, dann wird ihnen der Post- tarif, der „keinen Deut nützt“, als das un- entbehrliche Mittel zur Verbesserung ihrer Lage angepriesen und die Sozialdemokraten werden als die geschworenen Feinde der Bauern bezeichnet, weil sie den Mut haben, unsern Bauern die — Wahrheit zu sagen.

Das Zentrum hat ein großes Interesse daran, den Lehren des Volkes eine Vertiefung und Er- weiterung ihrer Bildung vorzuenthalten, denn je schlechter das Lehrmaterial, um so dümmer das Volk und um so besser blüht der Weizen der „einzigen wahren Volkspartei“.

Den „Nachmännern“ zur Beachtung empfohlen. Als das Briegewicht, das für 10 Pf. befördert wird, von 15 auf 20 Gramm erhöht wurde, sagte Poddbielski in seiner diesbezüglichen Vorlage:

„Die Kinder einnahme berechnet sich demnach auf über 2 1/2 Millionen Mark jährlich.“

Sein Vorgänger Stephan hatte die geforderte Reform noch im Januar 1896 mit folgenden Worten abgelehnt:

„So, meine Herren,“ sagte er, „wollen Sie glauben, daß das einen Anschlag von 4 bis 5 Millionen Mark jährlich anmacht, wofür nicht ein einziger Brief mehr eingeschrieben wird!“

Und was ist der Erfolg der Poddbielskischen Reform von 1900? Schon im ersten Jahre stieg die Einnahme um 12 Millionen Mark, weil die Zahl der einfachen Briefe um 117 Millionen oder um 15 Proz. wuchs, während sie in den letzten vorhergehenden Jahren durchschnittlich bloß um 3 1/2 Proz., höchstens aber um 5 1/2 Proz. zuge-

nommen hatte. 53 Millionen dieses Briefzuwachses kann man allein auf die Briefgewichtserhöhung rechnen, auch wenn man den gewöhnlichen jährlichen Verkehrszuwachs und die sonstigen Ver- schiebungen berücksichtigt.

Auch bei der Einführung der dreitägigen und später bei der zehntägigen Retourfahrkarte haben die „Nachmänner“ mit M i n d e r e i n n a h m e n gerechnet, während tatsächlich bedeutende Mehr e i n n a h m e n erzielt wurden. Die „Nachmänner“ verheßen von ihrem Fach, insofern das Rechnen in Frage kommt, sehr wenig. Sie veralteten sich stets, zum Glück aber immer zu gunsten des Staats- sätels.

„Nachmännische“ Spiegelfesterei.

In der „Straßb. Post“ machte jemand den Ver- such, das Kilometerrecht als eine antizipale Ein- richtung zu charakterisieren, indem er schreibt:

„Eine arme Tagelöhnerstocher aus Freiburg, die einen Dienst in Heidelberg gefunden hat, reißt in einem gewöhnlichen Personenzug dritter Klasse für 3,4 Pf. den Kilometer, während ihre Dienstreise, welche im Besitz eines Kilometerhefts ist, in der dritten Wagenklasse für 2,4 Pf. den Kilometer fährt. Ein reisender Handwerksbursche, welcher sich auf der Suche nach Arbeitserleichterung die Höhe wunden gelassen hat und zuletzt zu seinem weiteren Fortkommen die Eisen- bahnen beisteigen muß, zahlt für seine Fahrkarte dritter Klasse in einem gewöhnlichen Zug wieder 3,4 Pf. für den Kilometer, während der Geschäftsreisende mit seinem Kilometerheft in demselben Zuge und in der- selben Wagenklasse den Kilometer für 2,4 Pf. zahlt und, wenn er Vertreter eines Großhandlungshauses oder eines Fabrikgeschäftes ist, mit seinem Kilometer- heft zweiter Klasse für 3,9 Pf. den Kilometer im Schnellzug reist.“

Der „Bad. Beobachter“ machte dazu die Be- merkung:

„Das ist richtig und muß ehrlicher Weise auch von den Gegnern der geplanten Reform zugestanden und erwähnt werden.“

Zutreffend aber erwidert ihm der „Bad. Landsmann“:

„Nein, das ist nicht richtig, sondern eine Un- richtigkeit, durch die das Publikum irre ge- führt wird. Wir haben in Baden keine teureren Tarife für arme Tagelöhnerstocher und Handwerks- burschen mit wunden gelassenen Füßen, bei uns bezahlen alle Passagiere der dritten Klasse für den Kilome- ter 2,5 und nicht 3,4 Pfennig. Gleich armen Schlei- kenschen eine Stelle in einiger Entfernung in Aussicht zu bringen darüber die Bescheinigung eines Arbeitsnachweisbureaus zur Bahn, so fahren sie sogar noch billiger. Also nur bei der Wahr- heit bleiben und nicht mit solchen Mitteln für die Reform kämpfen! Wir wollen keine 4. Wagen- klasse, wir haben ja schon Schwindeklüge genug ohne diese Schwindeklügebrutstätten; wir wollen aber auch keine Verpreuung unserer Wohnen.“

Man sieht, auch die übergeheite Redaktion des „Bad. Beobachters“ macht Dummheiten. Im übrigen kann man ja das „Antizipale“ des Kilometerhefts leicht dadurch beseitigen, daß man den Kilometerpreis des Kilometerhefts zum Normal- tarifssatz macht. Aber Preußen will nicht und die badische Regierung macht stets, was die preussische von ihr verlangt. Das sind wir ja ge- wohnt. Man weiß auch, welche Einfälle da maß- gebend sind. Auf dem nächsten Landtag wird man aber offen mit der Sprache herauskommen. So kann und darf das nicht weiter gehen.

Deutsches Reich.

Keine Reichserbschafts-, sondern eine Vorksteuer.

Noch immer brüten die Reichssteuerkünstler über dem Reichssteuerreformprojekt. Offenbar weiß man an maß- gebender Stelle selbst noch nicht recht, was dabei heraus- kommen wird. Es scheint auch, als hätte man jeden Tag andere Einfälle. Vor wenigen Tagen erst kam die Nach- richt, daß man auf eine Besteuerung der Erbschaften der direkten Vermögenslage verzichtet wolle. Damit wäre der beste Teil der Reichserbschaftssteuer gelichtet. Ein auch nur halbwegs befriedigender Vertrag ist nicht zu erzielen, wenn man die direkten Vermögenslagen freilassen will. Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß auch auf die Tabaksteuer verzichtet werden sollte. Das wäre ja sehr erfreulich. Es kommt aber schon ein äußerlich bedenklicher Pflanz nach: Die „Deutsche Tageszeitung“ will wissen, „daß ernsthaft die Absicht besteht, die Vorksteuer in den Reichssteuerreformplan einzubeziehen“. „Es versteht sich“, so fügt das Blatt hinzu, „von selbst, daß hierbei nur eine stärkere Besteuerung der großen Veräußerer in Frage kommen kann, und zwar vermöge einer ge- staffelten Steuer, wogegen Einwendungen nicht zu erheben sein dürften.“

Danach wäre also so etwas wie eine Umsatzsteuer für Veräußerer geplant. Das wäre eine neue indirekte Steuer auf einem Umwege, die vorwiegend von der breiten Masse getragen werden muß.

Unter Schloß und Riegel

liegt die Verfassungsreform in Württemberg. Der Entwurf, heißt es, ist fertig und bedürfe nur noch der formellen Genehmigung des Königs. Es sei über den Entwurf deshalb strenges Stillschweigen beobachtet worden, damit nicht vorzeitig ein Kampf der Gegner von links und rechts einleiten könne. In kurzer Zeit werde der Entwurf veröffentlicht und dann möge der Kampf losgehen. Was bisher über den Entwurf veröffentlicht worden sei, sei reine Kombination. Nun, man wird bald sehen, wie die Reform aussieht, von der so viel Auf- hebens gemacht worden ist.

Drei Monate Gefängnis für 15 Pf. Holz!

Die Reformbedürftigkeit unseres Strafgeset- zbuches ist wieder besonders schlagend bezeugt worden durch einen Fall, der kürzlich in Glogau vor der Strafkammer verhandelt wurde. Eine Frau Wobach aus Herrstadt (Schlesien) hatte an einem Dezember-Morgen des vorigen Jahres, um sich und die Ihrigen vor der grimmigen Kälte zu schützen, Holz im Walde gesammelt und dabei drei kleine Scheite bereits verarbeiteten Holzes im Werte von höchstens 10—15 Pf. entwendet. Es wurde dann ein hochnotwendiges Verfahren gegen die arme Frau eröffnet, und zwar nicht wegen ein- fachen Diebstahls, sondern wegen Mißlanddiebstahls. Denn die „Verbredlerin“ war bereits zweimal wegen geringfügiger Diebstähle mit ebenso geringen Ge- fängnisstrafen bestraft und seit Verhängung der letzten Strafe waren noch nicht 10, sondern leider nur 9 Jahre verflossen. Die Glogauer Straf- kammer war daher gezwungen, den § 244 St.G.B. gegen die Angeklagte anzuwenden, die übrigens reumütig ihre Schuld unter Weinen und Beklagen gestand, in das noch das Schreiben ihres sieben Wochen alten jüngsten Kindes, das sie in der Ver-

handlung im Arme trug, hineintönte. Da aber das Gesetz selbst bei Annahme mildernder Umstände drei Monate Gefängnis als Strafmilieu vor- schreibt, so mußte das Gericht auf diese Strafe erkennen. Der Vorleser bedauerte in der Urteils- begründung selbst, durch das Gesetz gezwungen zu sein, eine so hohe Strafe anzuspreden, noch dazu in einem Falle, der so milde liege, wie er milder gar nicht gedacht werden könne. Er glaube, daß ein Gnadengefühl, dessen Einwirkung er der An- geklagten — die dabei noch fünf Kinder zu er- nähren hat und sich in großem Elend befindet — schließlich empfand, Erfolg haben werde; es soll vom Gericht und vom Staatsanwalt bestritten werden! Welche Strafrechtspflege, die zu solchen Mitteln greifen muß!

Ausland.

Belgien.

ac. Militärjustiz. Der Militarismus zeigt überall dieselben Blüten: Kadaver-Geheer, Miß- handlung der Untergebenen, strenge Bestrafung der geringsten Vergehen der Mannschaften und äußerste Milde bei Beurteilung der oft schrecklichen Mißhandlungen, die sich Vorgesetzte aufzubul- den lassen. So hatte kürzlich das Kriegsge- richt von Brabant über 2 Fälle zu entscheiden. Der 23jährige Soldat Bouchar, der schon mit 5 Monaten vorbestraft ist, war angeklagt, einem Unteroffizier mit dem Stocke einen leichten Schlag versetzt zu haben. Das Gericht zweifelte an seiner Zurechnungsfähigkeit und überwies ihn zur Beob- achtung dem Militär-Lazarett. Die Militärärzte erklärten ihn aber für vollkommen gesund und Bouchar wurde, obwohl die Verletzung des Unter- offiziers vom Gerichtshof selbst als eine leichte an- erkannt wurde, zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Dasselbe Gericht erkannte gegen einen Sergeanten, der einen Soldaten, ohne hierzu provoziert gewesen zu sein, demagen an der Hand verletzt hatte, daß dieser lange dienstunfähig blieb, auf eine Geld- strafe von 20 Franc.

Russisch-Polen.

ac. Terrorismus und Massentötung. In der „Nobotini“ wird die Frage des Terrorismus be- handelt und darauf hingewiesen, daß die ter- roristische Kampfmethode keine Verringerung der Zerstörung bedeute, sondern daß dies nur die Folge der Hilfe sein, wie sie in der revolutionären Periode sich nicht macht; durch sie werde aber die Massentötung in keiner Weise gehindert. Diese Akte der Selbsttötung werden immer häufiger; so ver- teidigten sich zwei Genossen, die auf dem Theater- platz in Warschau von zwei Polizisten verhaftet werden sollten, mit Revolvern, verwundeten einen der Polizisten und entamen. Die Attentate gegen einzelne Polizeibeamte, die sich in Grausamkeit be- sonders hervorgetan haben, mehren sich. So wurde der Polizeimeister von Siedle auf Anordnung der terroristischen Gruppe der P. P. S. von einer Bombe getroffen und schwer verwundet. Der Leiter der Warschauer Geheimpolitik, Anton An- tonowicz, der während des Attentats gegen Magi- nowski schwer verwundet worden war, ist seinen Wunden erlegen. — Die Warschauer Polizei soll gegen 500 Spitzel nach Ausland abgeschoben haben, um von dort an deren Stelle 500 andere zu er- halten. Diese Maßnahme wird internommen aus Furcht vor Attentaten; die Polizei scheint zu der wahrheitsgemäß auch richtigen Annahme gekommen zu sein, daß noch viele der Spitzel auf der Liste der Todeskandidaten der sozialistischen Partei stehen.

Hus der Partei.

G.K. Wittingen. Zum internationalen Parteifest. In der letzten Sitzung des Gewerkschafts- ratells wurde beschlossen, eine rege Agitation für den Bezug des internationalen Parteifestes zu veranstalten. Zu diesem Zwecke sind eine Anzahl Listen ausgegeben worden und bitten wir diejenigen, die das Fest besuchen wollen, sich in die Listen einzutragen, oder bei A. Kuner zu melden.

Der Fahrpreis beträgt von hier ab 2,20 Mk. und ist das Geld wohnig gleich zu entrichten. Abfahrt von hier morgens früh 5 Uhr, Abfahrt von Konstanz abends 7 Uhr 30 Min. Diejenigen, die das Fahrgeld gleich beim Eintragen in die Liste zahlen, erhalten eine Quittungs- karte, die dann beim Willkommensfest vorzulegen ist, da sonst im andern Fall die Fahrt bezahlt werden muß. Wir erwarten, daß sämtliche Kollegen für starke Be- teiligung agitieren.

Emmendingen, 9. Juni. In der letzten Versammlung des sozialdemokratischen Vereins wurde u. a. das leitende Mitglied Milan Dollmer einstimmig aus dem Verein ausgeschlossen. Der Ausschluß erfolgte nach § 8 des Vereinsstatuts.

Im Auftrag des sozialdemokratischen Vereins Emmendingen: Wilh. Schwanz.

Soziale Rundschau.

Steinarbeiterstreik in Straßburg i. G. Die Steinarbeiter befinden sich seit 7. d. M. im Ausstand. Sie verlangen: Abschaffung des milden Akkordsystems und Einführung eines Stundenlohns oder Tarifs. Den Stundenlohn lehnten die Arbeitgeber strikte ab und waren selbst für einen Tarif, und zwar für den Einzelarbeiter. Als es aber an die Berechnung kam, waren ihnen die Sätze zu hoch. Nun wollen sie diesen nach ihrem Geschmack gutheissen und bis zum 1. September, an welchem Termin der neugeschaffene Tarif in Kraft treten soll, sollen die Steinarbeiter unter der alten Form weiter arbeiten. Dies lehnen sie natürlich ab und der Streik dauert weiter.

Die Streikkommission der Steinarbeiter.

Badische Chronik.

*** Durach, 12. Juni.** Erhängt hat sich im Orts- arrest zu Hohenweisersbach der Johann Dieß von Emmendingen. Er war wegen Verdrach des Diebstahls dort untergebracht worden.

Bruchsal. Zum Schumacherstreik bei A. Sulzberger und Sohn ist noch nachzutragen: Am 18. Mai kam ein Artikel in Arbeit (Kösting-Spaugen- schuhe), für den der Lohn noch nicht geregelt war. Dieser Artikel wurde von dem Schumacher mit einer Mehr- leistung an Arbeit gefertigt, ohne dafür dementsprechend bezahlt zu werden. Nun ist es doch feststellbar, daß man vorher sich darüber vergewissert, was man für seine Arbeit erhält, und ob man die Arbeit für den an- gebotenen Preis machen kann oder nicht. Dieser Artikel sollte um den Preis von 2,20 Mk. pro Duzend Paar hergestellt werden, die Arbeiter verlangten 2,40 Mk. Nach mehreren Auseinandersetzungen des fraglichen Artikels wurden 10 Pf. pro Duzend Paar zugegeben, was aber in gar keinem Verhältnis zu der Mehrleistung stand. Es wurden dann Verhandlungen durch den Fabrikantenschuß angeknüpft, um die Sache zu regeln und der Firma ge- sagt, daß es nicht möglich sei, den Artikel um 2,30 Mk.

machen zu können ohne erheblichen Verlust an Verdien- st. Die Firma erklärte, man solle den Artikel machen, bis A. Sulzberger von der Meile zurückkomme. (A. Sulzberger geht immer den Konflikt, die schon bereit stehen, aus dem Wege dadurch, daß er auf die Meile geht und nachher die Schuld seinen Brüdern zuweist.)

Auf dieses Vorgehen der Arbeiter ließ man sich nicht ein, da man schon oft ible Erfahrungen gemacht. Der Fabrikantenschuß erklärte, die Arbeiter sollen den Artikel fertig um 2,30 Mk., wenn von der Firma das Versprechen gegeben wird, nicht mehr als diese 10 Duz. machen zu lassen. Die Firma lehnte rundweg ein solches Versprechen ab, denn es ständen weitere 40 Duz. in Aussicht. Wie man sieht, wäre der Artikel so hergestellt worden, um den Frieden zu erhalten, wenn die Firma bei den Ver- handlungen sich nicht ablehnend verhalten hätte.

Dann erklärte die Firma, wer den Artikel nicht macht und den angebotenen Preis, der belomme am Samstag die Kündigung. C. Sulzberger sagte, er wolle seinen Bruder über den Vorgang verhandeln. Dieses geschah, im Laufe des Nachmittags ließ C. Sulzberger den Fabrikantenschuß zuten und teilte ihm mit, daß kein Bruder A. Sulzberger telegraphisch hat, wer den Artikel nicht um 2,30 Mk. macht, dem wird am Samstag den 20. Mai gekündigt.

Der Artikel wurde zurückgewiesen, da alle Verhan- dlungen fehlschlugen und die Firma sich auf den Kronen- stundenlohn stellte, den „Herrn im Hause“ zu spielen. Am Samstag, den 20. Mai, ließ die Firma durch den Fabrik- antenschuß den Arbeiter kündigen, die den Artikel nicht machen und darauf erklärten sich sämtliche Arbeiter sol- darisch und kündigten ebenfalls durch den Fabrikantenschuß. Dann wurde erklärt, der Betrieb werde bis 1. Juli ge- schlossen, und so läme die Sache ganz geignete. Aber daß es mit dem Schließen nicht so ernst gemeint wor- den und nur eine Drohung sein sollte, um die Arbeiter ein- zuschüchtern und müde zu machen, beweist, daß unter den Meistern ein Zirkular kursierte folgenden Inhalts:

„Unter Bezugnahme auf die uns überreichte Kün- digung bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß wir uns auf Unterhandlungen bezüglich des fertigen Quartals nicht mehr einstellen. Wir erklären uns bereit, sämtliche Arbeiter, die uns dies bis 25. Mai, abends 6 Uhr, durch die betreffenden Meister zur Kenntnis bringen, weiter zu beschäftigen.“

Sollte die Kündigung der Kündigung nicht durch die Fabrik bestimmt bis 1. Juli schließen und haben wir die zur Ausführung dieses Vorhabens nötigen Schritte bereits getroffen.“

Man ist also auf dem Impasse ausgegangen, aber nicht ein einziger Schumacher ist darauf bereitgegangen. Während der Kündigungszeit wurde ununterbrochen ab- geschickt, eine Einigung zu erzielen. Der Arbeiter-Ver- bände Leg aus Stuttgart und der Zentralverband Kollege Simon aus Nürnberg waren zu diesem Zwecke an- gewand, es kam zu keiner Einigung, da die Firma sich auf gar keine Unterhandlungen einließ. Die Kündigung erfolgte am 3. Juni und wurden die Angestellten und Arbeiter angeheilt. Die Fabrik wurde jedoch am Montag ab- geschlossen, und fanden sich im Geschäft ein die Meister und ein paar Mädchen und junge Burschen, die die Hausarbeit machen müssen.

*** Konstanz, 12. Juni.** Goldmünzenfund. Vor kurzem wurde das alte Haus Rosgartenstraße 18 abgebrochen. An dessen Stelle wollen die jetzigen Eigen- tümer, die Herren Suggenheimer und Schatz, einen Neubau errichten. Bei den Ausgrabungsarbeiten fanden die Arbeiter etwa 15 Meter tief eingemauert eine große An- zahl alter Goldmünzen aus dem Anfang des 14. Jahrhun- derts. Es sind Florentiner und Genevoiser Münzen, scheinbar und böhmisches Goldgulden, die einen bedeutenden Wert repräsentieren dürften.

*** Vom Oberrhein, 12. Juni.** Die dritte Probefahrt auf dem Oberrhein ist ebenfalls glücklich verlaufen. Der Schiffszug der Reederei- firma Ruppel traf am Nachmittag des 9. d. Mts. in Basel ein. Er fuhr Mittwoch Vormittag in Straßburg ab.

*** Mannheim, 12. Juni.** Der verheiratete Loko- motiführer Jakob Guden mußte infolge eines Schlaganfalls aus dem Fenster seiner im 4. Stock ge- legenen Wohnung und starb alsbald.

— Im Industriebezirk hat sich der langjährige Diener des Kaufmännischen Vereins, Franz Klotz, ertränkt. Klotz soll über seine Verhältnisse gelebt und dem Trank- ergehen gewesen sein.

— Der Inhaber der Superbe-Fahrräderfabrik, Peter Duhmann, der wegen Gelder und Diebstahls sich in Untersuchungshaft befand, gegen eine große Kaution aber auf freien Fuß gesetzt worden war, ist seit einigen Tagen vermisst.

Waldheim, 12. Juni. Wieder ein Eisen- bahnunglück. Am Abend des Freitag ereignete sich auf dem badischen Bahnhofs in Oberbuden ein Eisen- bahnunglück. Der um halb 7 Uhr aus der Richtung Heidelberg kommende Güterzug mit zwei Lokomotiven hatte Verpätung und sollte mit einem Schnellzuge hier freugehen; dabei ließ der Güterzug auf ein loges, Sand- oder totes Gleise. Eine der Lokomotiven entgleiste und grub sich tief in die Erde ein; zwei Wagen wurden zum Teil schwer beschädigt. Die Ziffer wurden eingebückt und die Bremserhäupten zerplittert. Personen sind nicht verunglückt. Von Lauda traf ein Hilfszug ein. Das Unglück ist dadurch entstanden, daß Arbeiter, die mit dem Neubau eines 2. Gleises beschäftigt sind, die Weiche umstellten, aber vergaßen, sie wieder in Ordnung zu bringen.

Am 12. Juni wird gemeldet: Am 9. d. M., 6 Uhr 30 Min. nachmittags, fuhr der Güterzug 6761 auf der Station Waldheim infolge fahrlässiger Einstellung eines provisorisch ein- gelegten Weiches in ein Schicksal, wodurch die beiden Lokomotiven und eine Anzahl Güterwagen entgleisten. Verletzt wurde niemand. Außer einer halbblühenden Ver- wundung des Schnellzuges 36 Würzburg-Mannheim traten im Hauptplan der Personenzüge keine erheblichen Störungen ein.

Aus dem Amte Wiesloch, 12. Juni. Die Raupen. In hiesiger Gegend richten die Raupen an den Obstbäumen großen Schaden an. Besonders betroffen sind die Kernobstbäume, die mit Raupenenergien förmlich überzogen sind und nur noch einen geringen Ertrag ver- sprechen.

Wiesloch, 12. Juni. Aus dem Fenster gestürzt. Der Angenerer Schäfer aus Charlotten- burg, der an dem Verbandsfeste der Corps der Zehn- jährigen Hochschulen (W. S. C.) teilnahm, stürzte heute früh aus dem 3. Stock des Hotels und erlitt schwere Verletzungen.

Aus dem Reiche.

Bamberg, 9. Juni. Erschikt. In Auerbach bei Regnitz erkrankte eine Frau, Mutter von 6 Kindern, in- steller, wo Waldreue gelangt war, die infolge von Gärung Gase entwickelt hatte.

— Ein 14-jähriger Bauernsohn wurde vom Landgericht zu vier Wochen Gefängnis verurteilt, weil er fortgesetzt mit einem neun Jahre alten Mädchen in intimen Verkehr unterhalten hatte.

Köln, 10. Juni. Eine heilige Arbeiter- frau war verhaftet worden, worauf ihr Ehemann mit seinem Säugling einen Polizeikommissar nachließ, indem er rief: „Wenn Sie ein rechtschöner Mann sind, müssen Sie für das Kind sorgen.“ Der Arbeiter wurde wegen Verleumdung vom Gericht freigesprochen, das Kölnner Schöffengericht sprach ihn aber frei. Dabei stellte sich heraus, daß die Verhaftung der Frau auf gerichtliche Anordnung zur Verhängung einer Strafe erfolgte, als sie noch den Säugling ernähren mußte. Letzterer ist nunmehr, weil ihm die Muttermilch entzogen wurde, gestorben. Es ist doch prächtig be- stellt in dem von unseren Gegnern so gepriesenen Staate!

Wien, 10. Juni. Genidharre. Bei der ersten Kompanie des Trainbataillons ist ein Fall von Genid- harre festgestellt worden.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 13. Juni.

Nach den Feiertagen.

Dreimal im Jahre ist es dem Arbeiter vergönnt, an zwei aufeinanderfolgenden Tagen der Arbeitstätigkeit fernbleiben zu können. Er begrüßt diese Arbeitsruhe freudig, wenn er sie in letzter Tagung, tagen in der ruhigen Freiheit des Familienlebens frohen muß, für den bedauerlichen Verlust zweier Tage ein Fest, eine Erholung, und die hohe Gewohnheit hat es mit sich gebracht, daß man gar nicht mehr nach dem Festcharakter fragt, das Pfingsten, Pfingsten und Weibachten lediglich als staatlich festgesetzte Feiertage zu betrachten sind, obwohl sie dem modernen Arbeiter, der politisch und wirtschaftlich denken und handeln gelernt hat, wenig oder nichts für sein inneres Empfinden geben. Es ist heute nicht angebracht, in eine Unterordnung darüber einzutreten, ob diese drei Festtage für alle Bevölkerungsklassen noch eine innere Notwendigkeit sind. Wagnissen wir uns, daß sie da sind und wir am besten tun, sie nach unseren Begriffen würdig zu begehen.

Wirdig begeht man besonders das Pfingstfest, wenn man hinsichtlich der freien Natur, sich ergibt und läßt an den herrlichen Naturerscheinungen und Naturerscheinungen und dadurch Kraft und Lust zu neuer Arbeit, zu neuem Kampfe sammelt. Pfingsten ist denn auch das Fest der Auszüge. Die Hige sind überflutet, die Straßen der Großstadt leer und im Feld und Wald tummeln sich tausende fröhlicher Auszügler. Leider bereitet am 1. Feiertag abends der strichweiserartig und in großen Massen herniederfallende Regen manchen geschiedenen Pfingsten ein unbedeutendes Ende. Umso besser heißt sich das Wetter am gestrigen Tage; es war ein richtiges Märchenwetter. Die Sonne hatte Mitleid mit den berühmten Großstädtern und presste ihnen nicht allgubliche Schweißtropfen aus. Die Gartenrestaurants waren denn auch überfüllt. In den Abendstunden — man die vielleicht auch sehr viel später — kehrte man heim. Es war ein prächtiges Pfingstfest!

Guten Erfolg.

hat das entschiedene Vorgehen des Karlsruher Gewerkschaftsvereins in der von den organisierten Brauereiarbeitern vorgebrachten Beschwerde gegen die Brauerei Moninger erregt. Nachdem auf Beschluß des Karlsruher Gewerkschaftsvereins durch die Presse auf die Beschwerde der organisierten Brauereiarbeiter aufmerksam gemacht worden war, erging seitens der Direktion an den Arbeitervertreter Will Einfeldt eine Einladung zu einer Aussprache, welche am Samstag Vormittag unter Zugewiehung des Gewerkschafts und des Ortsvorsitzenden des Brauereiverbandes stattfand. Seitens der Direktion wurde nachgewiesen, daß erst vor kurzem ein Mitglied des Brauereiverbandes in der Brauerei Moninger eingestellt worden sei. Im ganzen sind dort vier dem Verband angehörige Brauer beschäftigt. Auf die Einwendung der Arbeitervertreter, daß in letzter Zeit eine Reihe unorganisierten oder dem sogenannten „Bunde“ angehöriger Brauer zur Einstellung gekommen sei, während dem Verbande angehörige Leute arbeitslos blieben und daß durch die Mitglieder des Bundes auf Verbandsmitgliedern, welche bei Moninger eintraten, durch Drohungen und Ghilanen eingewirkt wurde, um sie zum Austritt aus dem Verband und zum Eintritt in den Bund zu veranlassen, gaben die Herren Moninger folgende Erklärung ab:

„Es war niemals unsere Absicht, die im Verbande organisierten Brauereiarbeiter von der Einstellung in unserem Betriebe auszuschließen; wir haben auch niemals zugestimmt einer bestimmten Organisationsbindung, sondern uns völlig neutral verhalten. Sofern im Geschäft Mitglieder des Brauereiverbandes gegen ihre Verbandsgewaltigkeit befristet wurden, geschah es wider unser Wissen und Willen. Wir werden dafür sorgen, daß solche Beschäftigungen künftig unterbleiben. Bei Bedarf von Arbeitskräften sollen die Mitglieder des Brauereiverbandes nicht zurückgesetzt werden.“

Die anwesenden Vertreter des Brauereiverbandes gaben sich mit dieser Erklärung, deren Einhaltung seitens des Herrn Moninger wiederholt zugesichert worden war, zufrieden, womit die Angelegenheit ihren Abschluß fand. Hoffentlich wissen die Herren vom „Bunde“ nun, was sie zu tun und zu lassen haben. Hoffentlich wissen das jetzt auch die übrigen Herren, die da glauben, auf den Verbandsmitgliedern Holz haben zu können. Die organisierte Arbeiterschaft wird für ihre Angehörigen einsteifen und nicht ein paar Dutzend Eigenbrötler und Liebediener gegen sich auspielen lassen.

Zu der morgigen Versammlung.

des sozialdemokratischen Vereins sind die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, vor allem die Gewerkschaftsvorstände und die Kartelldelegierten, ganz besonders eingeladen. Der Generalsekretär bezugl. die Diskussion berührt die Interessen der Gewerkschaften ganz speziell, und aus diesem Grunde ist zahlreiches Erscheinen unbedingt Pflicht.

* Achtung, Arbeiter! Zu beachten ist noch, daß als hypothetische Firmen weiter in Betracht kommen: Sulima (Kartacas), Zenidze und Zuma.

* Vom städtischen Elektrizitätswerk. In seiner letzten Sitzung hat der Stadtrat mit dem 1. Juli in Kraft tretende neue Stromgesetzgebung für das städtische Elektrizitätswerk genehmigt. Die neue Ordnung enthält neben einer wesentlichen Ermäßigung der Strompreise, der Zählermiete und der Haus-

anschlußkosten Bestimmungen über ein einfacheres und für den Stromverbraucher günstigeres Abnahmestamm. * Volkszählung. Bei der am 1. Dezember dieses Jahres vorzunehmenden Volkszählung soll in die Zählbogen noch die Zusatzfrage aufgenommen werden: „Sind man dauernd in Karlsruhe wohnhaft?“ Ferner soll mit der Volkszählung wieder eine Wohnungszählung verbunden werden.

* Vom Schlage getroffen wurde am Freitag, als sie ihren Mann vom Hofe abholen wollte, die Frau eines hiesigen Generalagenten, am Sonntag Nachmittag auf der Schönbrunnstraße in Gillingen der Hauptmann a. D. Weisk von hier. Der letztere war sofort tot; die Frau des Generalagenten starb nach wenigen Minuten.

* Etwas für den Fremdenverkehrsverein. Will man irgendwo den Fremdenverkehr fördern, so ist eine dazu unerlässliche Vorbedingung die Freundlichkeit und Höflichkeit derer, bei denen das Fremdenpublikum zur Stärkung und Labung Einkehr hält und bei denen es seine Bahnen auszieht. Nach dieser Richtung hat der Fremdenverkehrsverein am ersten Pfingsttage, eine liebe Erfahrung gemacht. Um einen Nidell hatte er sich auf einer Fahrt aus dem Karlsruhe nach Magau eine Anwartschaft erworben. Die Pflicht eines gereuen und aufmerksamen Begegnenden ist, bestimmt er die Karte mit Anstich für die „bessere“ Hälfte. Da die zur Karte der Karte nötige Karte auf der Fahrt nicht zu bekommen war, sollte dies bei einem Stoppen in Magau nachgeholt werden. Aber es mecht! Warten gab's wohl, aber „nur für die Karte, die wir verkaufen“, ließ mir der Herr sagen. Da sah ich nun mit meinem Kasten oder vielmehr mit meiner Ansicht auf der Postkarte und konnte sie nicht verwerten, obendrein bekam ich noch eine ganz besondere Ansicht von der Freundlichkeit mancher Wirte. Vielleicht nimmt der Karlsruher Fremdenverkehrsverein sich der Sache an und läßt denen, die's nötig haben, einige Belehrungen an der Hand von „Nunige's Umgang mit Menschen“ zuteil werden.

* Verlassene Wohnungen. Im April dieses Jahres wurden in hiesiger Stadt 567 leerstehende Wohnungen gezählt gegenüber 689 im Oktober und 666 im April vorigen Jahres. Davon entfielen auf die innere Stadt 184, auf die innere Vorstadt 11, auf die äußere Vorstadt 90, auf die Südstadt 62, auf die Südweststadt 167, auf den Stadtteil Mühlburg 89. Der Zimmerzahl nach waren es 40 einzimmerige, 183 zweizimmerige, 123 dreizimmerige, 113 vierzimmerige, 60 fünfzimmerige, 33 sechszimmerige, 8 siebenzimmerige, 7 acht- und mehrzimmerige Wohnungen. Unter diesen waren 458 Etagenwohnungen und 109 Mannschaftenwohnungen. Mit 20 der leerstehenden Wohnungen waren gewerbliche Räume verbunden. Der jährliche Mietwert der 541 leerstehenden Wohnungen, ohne gewerbliche Räume betrug 276 217 M., unter Einrechnung der letzteren 293 707 M.

* Badischer Kunstverein. Die Verzeichnisse für die diesjährige Ausstellung sind am 11. Juni fertig; außerdem Mittwoch, Samstag und Sonntag von 2-4 Uhr.

Die Revolution in Rußland.

w. Minsk, 12. Juni. In zwei Straßen fanden gestern Abend regierungsfeindliche Kundgebungen statt, an denen sich über 3000 Arbeiter beteiligten und bei denen zahlreiche Schüsse in die Luft abgegeben wurden.

w. Charlott, 12. Juni. Der Reichsausschuss des Gouvernements erklärte in seiner letzten Sitzung, die Regierung sei vollständig bankrott und es fehle ihr deshalb das moralische Recht, die innere, wie die äußere Politik zu leiten. Der Reichsausschuss erachtete es für notwendig, sofort eine Volksvertretung einzuberufen.

w. Wilna, 12. Juni. Während der gestrigen Sitzung des den Namen „Bund“ führenden Revolutionskomitees wurden 11 Teilnehmer verhaftet. Die Versammlung hatte sich mit der Beratung eines Programms für den Umsturz der bestehenden Staatsordnung beschäftigt.

w. Petersburg, 10. Juni. Der hier bestehende Verband von 15 Vereinen verschiedener Gesellschaften und Berufsstände, die sich zum Zweck der Bekämpfung des Kampfes gegen das herrschende Regime mehr Kraft entfalten zu können, als es den einzelnen möglich wäre, hat seine Arbeiten beendet. Der Verband, dem sich als sechste Gruppe die Vereinigung von Bauern angeschlossen hat, sagte unter anderem einen Beschluß, in dem er im Hinblick darauf, daß zurzeit keine Hoffnung sei, daß die Regierung auf die Stimme des Volkes höre, empfiehlt, daß jeder tun solle, was in seinen Kräften liege und was er nach seiner politischen Überzeugung für notwendig erachte. Alle geeigneten Mittel, so spricht sich die Resolution des Verbandes aus, müssen nunmehr verläßt werden. Zudem er sich an die verschiedenen Gesellschaften wenden, schlägt der Verband sodann vor, den Versuch zu machen, diejenigen Personen, die sich die Staatsgewalt angeeignet haben, ohne Verzug zu entfernen, an ihrer Stelle eine konstituierende Versammlung einzuberufen, Wahren zum Schutz der Verbandsmitglieder zu treffen, allgemein zu empfehlen, vor den Verzicht jedes Zeugnis auf Fragen bezüglich des Verbandes zu verweigern, und endlich für alle Verurteilte, die dem Verbande angehören, einen allgemeinen politischen Ausstand ins Werk zu setzen.

w. Petersburg, 13. Juni. (Peterb. Tel.-Ag.) Der Entwurf betreffend eine Volksvertretung soll nach Erörterung im Staatsrat vor eine besondere Kommission gebracht werden, wozu gewählte Vertreter der Semstwo von Städten teilnehmen sollen. Der Entwurf wird nach Erörterung im Staatsrat und Genehmigung durch den Kaiser auf dem Wege eines Manifestes oder eines an den Senat gerichteten Ukases veröffentlicht werden.

Der Krieg zwischen Rußland und Japan.

Auf dem wandschurischen Kriegsschauplatz steht, allen Anzeichen nach zu schließen, eine große Schlacht bevor. Seit einigen Tagen finden Schammügel statt, die immer Vorboten einer Schlacht sind. Die Lage der Russen scheint nach den vorliegenden Berichten eine sehr bedrängte zu sein. Auf dem rechten Flügel haben die Japaner unter den Generalen Oda und Nodzu die Umgehungen vollzogen. Ebenso hat General Nogi den westlichen Flügel der russischen Hauptarmee schon umgangen. Dazu kommt die bedeutende Uebermacht der Japaner, die zurzeit circa 500 000 Mann der russischen Armee entgegengesetzt haben. Wenn nicht alsbald der Frieden geschlossen oder ein Waffenstillstand vereinbart wird, kommt es zu einer, vielleicht der größten Schlacht dieses Krieges. Die Möglichkeit der völligen Vernichtung des russischen Landheeres liegt sehr nahe.

Neue Nachrichten vom Kriegsschauplatz liegen heute nur sehr wenige vor. General Linemitsch telegraphierte unterm 10. Juni an den russischen Kaiser: Bei den Armeen sind keine Veränderungen vorgekommen. Unsere Abteilungen auf der linken Flanke rücken bis zur Linie Dagufian-Schmiazen-Tonagou-Inlanza-Bahogou vor, wo sie auf Widerstand des Feindes stießen. In dem Feuerschiff mit den Japanern fiel Oberleutnant Schulshikent.

Die Friedensvermittlungen nehmen ihren Fortgang. Das Schreiben, welches Präsident Roosevelt am 8. Juni an die japanische und russische Regierung richtete, hat folgenden Wortlaut:

Ich halte die Zeit für gekommen, daß ich mich im Interesse der gesamten Menschheit bemühen muß, wenn möglich, den schmerzlichen befehligen Kampfe zu Ende zu bringen. Die Vereinigten Staaten sind mit Japan und Rußland durch Bande der Freundschaft und gegenseitigen Wohlwollens verbunden und daher für beide interessiert. Der Fortschritt der Welt ist durch den Krieg zwischen zwei großen Völkern gehemmt. Ich bitte die russische und japanische Regierung dringend, nicht nur um ihrer selbst willen, sondern im Interesse der ganzen zivilisierten Welt, in direkte Friedensverhandlungen einzutreten. Ich schlage vor, daß diese Friedensverhandlungen direkt und ausschließlich zwischen den kriegführenden Ländern geführt werden, mit andern Worten, daß russische und japanische Bevollmächtigte ohne Vermittler zusammenzutreten und sehen, ob es nicht möglich ist, daß die beiden Mächte Friedensbedingungen eingehen. Ich bitte die russische und die japanische Regierung ernstlich, jetzt einer solchen Zusammenkunft zuzustimmen, und ich bin bereit, alles zu tun, falls die beiden in Frage kommenden Mächte meine Dienste bei der Vereinbarung der Präliminarien, was Ort und Zeit betrifft, für nützlich halten, aber auch, wenn diese Präliminarien zwischen beiden Mächten direkt oder auf anderem Wege vereinbart werden, werde ich hochzufrieden sein. Mein einziger Zweck ist, die Zusammenkunft zustande zu bringen, welche, wie die ganze zivilisierte Welt von Herzen wünscht, den Frieden herbeiführen möge.

Diese Note war erst abgehandelt worden, nachdem die russische wie die japanische Regierung bereits ihre Zustimmung gegeben hatten, daß ein solcher Vorschlag willkommen sei.

Der nächste Schritt muß nun von Rußland aus erfolgen und wird nach allem, was in Washington während der letzten Tage gesagt worden ist, nicht sehr lange auf sich warten lassen. Man hofft in Washington, daß ein Waffenstillstand verabredet werde, doch wird Japan nicht allzu begierig sein, die Friedensbedingungen einzustellen, da Japan jetzt im Begriffe ist einen neuen wichtigen Schlag in der Wandschur einzuführen.

Nach Mitteilungen aus Diplomatentreifen werde wahrscheinlich Baron von Rosen, der frühere russische Gesandte in Tokio, zum Vertreter Rußlands bei den bevorstehenden Verhandlungen, die wahrscheinlich in New-York stattfinden, ernannt werden.

w. Tokio, 12. Juni. Anläßliche Meldung. Die Japaner vertrieben am Morgen des 9. d. M. die Russen von den im Norden von Liang-shi-juan und Nanchaku gelegenen Höhen und besetzten diese Stellungen. In demselben Tage besetzten die Japaner die Umgegend der nördlich von Chongtu gelegenen Ortschaften Ershihlipu, Soupangio und Tung-chiaju.

w. Petersburg, 12. Juni. (Peterb. Telegr.-Ag.) Die russische Antwortnote auf den Vorschlag des Präsidenten Roosevelt wurde heute dem hiesigen amerikanischen Votschreiber eingehändigt.

w. Tokio, 11. Juni. (Reuter.) Die Antwort Japans an Roosevelt lautet:

Da die kaiserliche Regierung sowohl im Interesse der ganzen Welt als auch Japans die Wiederherstellung des Friedens mit Rußland auf Grund von Bedingungen, die seine Dauer durchaus gewährleisten, wünscht, wird sie, dem Vorschlage des Präsidenten Roosevelt folgend, Bevollmächtigte ernennen, welche mit der russischen Bevollmächtigten an einem Ort und zu einer Zeit, die beiden Teilen gemeinsam und gut, zusammenzutreffen sollen, um die Friedensbedingungen direkt und ausschließlich zwischen den kriegführenden Mächten zu verhandeln und abzuschießen.

w. London, 12. Juni. Wie der „Standard“ aus Washington erfährt, wird ein sechs-wöchiger Waffenstillstand zwischen Rußland und Japan vereinbart werden, welcher als schon stillschweigend in Kraft getreten betrachtet wird.

Letzte Post. * Gellbronn, 13. Juni. In der Nacht von Sonntag auf heute wurde in Redar-Garlach die Familie des Wäders Bullinger ermordet. Als heute früh die Leute Brot holen wollten und niemand zur Bedienung erschien, drang man in das Haus ein. Ein entsetzlicher Anblick bot sich dar, im Schlafzimmer lagen der Mann, die Frau und das zweijährige Kind durch Aufhiebe ermordet. Der Täter muß die Tat ausgeführt haben, während die Ermordeten schliefen, ein Kampf hat nicht stattgefunden. Ob Raubmord oder ein Racheakt vorliegt, ist noch nicht festgestellt. Der Mördergehilfe ist seit heute früh verschwunden, er heißt Ernst Wogler. Die Staatsanwaltschaft ist an Ort und Stelle.

w. Boßnang, 13. Juni. Gestern Nachmittag 4 Uhr hatte der verheiratete 29 Jahre alte Metallförmiger Eugen Müller einen Streit mit seiner Mutter. Eine dritte Person, welche die Mutter vor Tätlichkeiten schützen wollte, gab Müller einen so heftigen Stoß auf die Brust, daß er rückwärts gegen das elterliche Haus stürzte und alsbald tot war.

w. Hannover, 12. Juni. Laut amtlicher Feststellung sind bei der Reichstagswahl am 8. ds. Mts. im hamoverschen Wahlkreise für Hausmann (Mitgl.) 14357 und für Brey (Soz.) 10166 Stimmen abgegeben worden.

Endepest, 12. Juni. In der heutigen Versammlung der ausländischen Eisenarbeiter erklärten die Führer, daß sie von zahlreichen Fabrikanten aufgefordert worden seien, direkt mit ihnen über die Verlegung des Ausstandes zu verhandeln. Die Verhandlungen beginnen morgen; man hält es für wahrscheinlich, daß dieselben schon morgen zur Vermeidung des Ausstandes führen.

Ermordung eines Bizekonfuls.

w. Tanger, 12. Juni. (Havas.) Aus Magagan hier eingegangene briefliche Mitteilungen berichten über die Ermordung des österreichisch-ungarischen Bizekonfuls Maddens. Die Mörder brangen, vier an der Zahl, in das Schlafzimmer Maddens, brachten ihm zahlreiche Dolchschläge bei und lösteten ihn dann durch einen Schuß in die rechte Schläfe. Sie schossen auch auf seine Frau, die aus dem anderen Zimmer herbeieilte, trafen aber nicht. Frau Maddan flüchtete nach einem anderen Zimmer, wo sie am nächsten Tage bemußlos aufgefunden wurde. Die Mörder entkamen unter Mithilfe von Wertgegenständen. Die Entdeckung über die Freveltat ist bei Mohammedanern wie Fremden allgemein.

w. London, 11. Juni. Dem „Daily Chronicle“ wird aus Tanger gemeldet: Gestern wurde hier der Vertreter Kaifulis erschossen. Kaifuli wird einem anderen Bevollmächtigten nach Magagan schicken, um den Mörder des österreichisch-ungarischen Bizekonfuls festzunehmen. — Heute Morgen haben Angehörige des Stammes Beni-Mzour in einem kleinen Orte nahe von Tanger einiges Vieh gestohlen. Es kam zu einem kleinen Gefecht, bei welchem aber, soweit bekannt, niemand getötet wurde.

w. Tokio, 10. Juni. Die hiesige Fondsbörse zeigte gestern Nachmittag plötzliche lebhafteste steigende Tendenz, die auch heute anhält.

Generalversammlung des Verbandes deutscher Bergarbeiter.

Berlin, 10. Juni. Der Verband deutscher Bergarbeiter trat heute hier im Gewerkschaftshause zu seiner alle zwei Jahre stattfindenden ordentlichen Generalversammlung zusammen. Die Verhandlungen liefen natürlich noch völlig unter dem Eindruck des letzten Streiks. Der Vorsitzende Sachse erinnerte in seiner Eröffnungsrede an den von allen vier Organisationen einberufenen allgem. inen Bergarbeiterkongress, der vor wenigen Monaten im selben Saale getagt habe, um die Stellung der Arbeiter zur Berggewinnung zu klären. Die Stimme der Arbeiter sei ungebührlich verhallt; die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses bedeuteten einen schmachvollen Verrat den Bergleuten. Darin seien alle vier Organisationen einig.

Die Versammlung begann sodann mit der Beratung der vom Vorstand vorgelegenen Vortragsresolutionen. Während sonst alle großen Zentralverbände ihre Beiträge im Laufe des letzten Jahres stark erhöht und dadurch ihre finanzielle Leistungsfähigkeit fest gegründet haben, sind die Beiträge des Bergarbeiterverbandes trotz aller Bemühungen des Vorstandes nicht über 20 Pf. pro Woche hinausgegangen. Der Streit hat in diesem Punkte erheblich gewirkt. Die Bergarbeiter des Ruhrreviers sind heute von der Notwendigkeit einer erheblichen Beitragserhöhung, durch die nicht nur die Streitkräfte gestärkt, sondern auch die Fluktuation der Mitglieder vermindert wird, überzeugt. Der Vorstand schlägt Staffelleistungen von 30, 40 und 50 Pf., je nach dem Verdienste, vor. Eine Opposition gegen eine so weitgehende Erhöhung macht sich hauptsächlich bei den oberflächlichen Delegierten geltend. Von den Freunden der Erhöhung ist ein Teil für einheitliche Bemessung der Beiträge. (Jett. Ag.)

Briefkasten.

Freiburg. Einbindung kann infolge des größeren Umfangs erst morgen Aufnahme finden. Tübingen. Wir haben Ihre Karte dem Landesvorstand übergeben, da wir uns mit der Vermittlung von Rednern nicht befassen können. Verantwortlich im redaktionellen Teil für den Leitartikel, die Ausbrüche: Politische Uebersicht, Aus Waden, Deutschland, Ausland, Parteinaechrichten, Heuiletton und Telegramme: Wih. Kolb; für den übrigen Teil: A. Weichmann; für die Inserate: Karl Ziegler. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund, Ged u. Co. Sämtliche in Karlsruhe.

Sunlight Seife advertisement featuring images of Sunlight Soap boxes and text describing its benefits and availability in various formats (double bar, 8-bar, 10-bar).

Die Sunlight Roman-Bibliothek advertisement promoting a collection of books, including 'Der dritte Mann' and 'Der Herr und der Herrand', available for purchase or rental.

